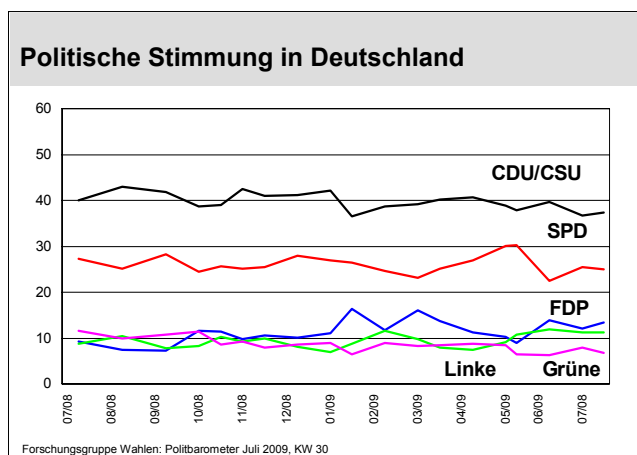


## Repräsentative Umfrage – KW 30

Vom 21. bis 23. Juli 2009 hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF 1.224 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte in Deutschland telefonisch befragt. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

Zwei Monate vor der Bundestagswahl gibt es in der politischen Stimmung republikweit kaum Bewegung, die Veränderungen für die Parteien sind – wenn überhaupt – marginal. Mitte Juli kommt die CDU/CSU unverändert auf 37% (+/-0), die SPD geringfügig schwächer auf 25% (-1), die Liberalen ganz leicht verbessert auf 13% (+1) und die Grünen unverändert auf 11% (+/-0). Die Linke rutscht auf 7% (-1), die sonstigen Parteien erreichen insgesamt 6% (-1).

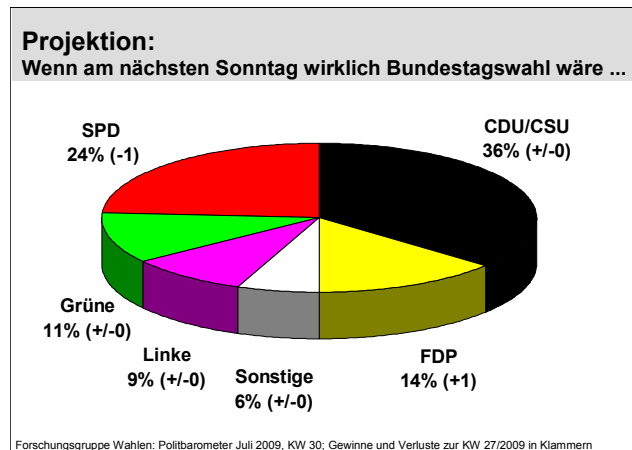


Konträr zu diesem stabilen Gesamttrend entwickelt sich die politische Stimmung in Ost und West sehr unterschiedlich. Im Westen kann die Union auf 39% (+3) und die FDP auf 14% (+2) zulegen. Die SPD hat mit 26% (-2) genau wie die Linke mit nur noch 3% (-3) Verluste, die Grünen sind mit 12% (+/-0) unverändert. Im Osten hat die CDU massive Einbußen und kommt jetzt nur noch auf 32% (-9), die FDP bleibt mit 11% (+/-0) konstant, alle anderen werden stärker: Die SPD kommt auf 22% (+5), die Linke ebenfalls auf 21% (+4) und die Grünen auf 9% (+1).

Wenn jedoch am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, würden längerfristige Grundüberzeugungen und auch taktische Überlegungen das Wahlverhalten stärker beeinflussen, als es in den augenblicklichen Stimmungen zum Ausdruck kommt. Dem trägt unsere Projektion Rechnung.

Wäre schon an diesem Sonntag Bundestagswahl, käme die CDU/CSU unverändert auf 36% (+/-0) und die SPD auf 24% (-1). Die FDP könnte momentan mit 14% (+1) rechnen, die Grünen lägen wie zuletzt bei

11% (+/-0), die Linke käme wieder auf 9% (+/-0) und die sonstigen Parteien würden in der Summe erneut 6% (+/-0) erreichen.



### Regierung und Opposition

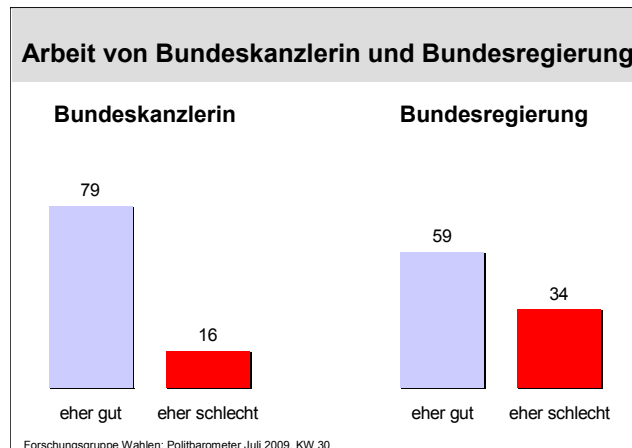
Bei der Leistungsbeurteilung ist die Gesamtzufriedenheit mit der Bundesregierung konstant positiv, in der Einzelkritik wird die Arbeit der Union aber sichtbar besser bewertet als die der SPD.

#### Zufriedenheit mit Regierung und Opposition:

(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

	Mai-II	Jun	Jul-I	Jul-II
Regierung gesamt	0,5	0,5	0,5	0,5
CDU/CSU in d. Reg.	0,5	0,6	0,5	0,7
SPD in der Reg.	0,6	0,1	0,3	0,2
FDP-Opposition	0,3	0,4	0,4	0,3
Linke-Opposition	-1,9	-1,9	-1,7	-1,8
Grüne-Opposition	0,1	-0,1	0,3	0,0

Beim Gesamturteil über Kabinett und Kanzlerin gibt es weiter eine auffällige Diskrepanz, da 79% der Befragten Angela Merkel, aber nur 59% der Regierung alles in allem gesehen gute Arbeit bescheinigen.



## Beurteilung der zehn wichtigsten Politiker:

(Mittelwerte +5/-5-Skala)

	alle Befragten				eigene Anhänger			
	Mai-II	Jun	Jul-I	Jul-II	Mai-II	Jun	Jul-I	Jul-II
Karl-Theodor zu Guttenberg	1,5	2,0	1,8	2,1	2,5	2,9	2,8	3,0
Angela Merkel	1,9	2,0	2,1	2,0	3,5	3,6	3,8	3,6
Peer Steinbrück	1,4	1,1	1,2	1,1	2,3	1,9	2,0	1,7
Frank-Walter Steinmeier	1,4	1,1	1,2	1,0	2,5	2,3	2,6	2,2
Ursula von der Leyen	1,2	1,0	1,0	1,0	2,1	1,6	1,9	1,8
Guido Westerwelle	0,5	0,7	0,5	0,6	3,0	2,9	2,8	2,6
Franz Müntefering	0,9	0,5	0,5	0,5	1,8	1,8	1,9	1,7
Horst Seehofer	0,6	0,6	0,6	0,4	1,8	1,6	1,7	1,5
Gregor Gysi	---	---	---	-0,9	---	---	---	2,6
Oskar Lafontaine	-1,3	-1,4	-1,3	-1,5	1,3	1,6	1,9	1,3

In der Politbarometer-Top Ten gibt es einen Führungswechsel: Nach viermonatiger Zugehörigkeit zu den zehn wichtigsten Politikern schafft Karl-Theodor zu Guttenberg den Sprung an die Spitze und verdrängt damit knapp Angela Merkel, die Position eins seit Jahrebeginn konstant inne hatte. Außerdem wird Gregor Gysi jetzt wieder zu den zehn wichtigsten Politikern der Republik gerechnet. Innenminister Wolfgang Schäuble schafft es hingegen nicht mehr ins Ranking. Die Imagewerte im Detail: Wirtschaftsminister zu Guttenberg erreicht auf der +5/-5-Skala einen sichtbar verbesserten Durchschnittswert von 2,1, Kanzlerin Merkel kommt leicht verschlechtert auf 2,0. Die Minister für Finanzen und Äußeres haben ebenfalls beide Einbußen, wobei Peer Steinbrück (1,1) mit einem etwas besseren Wert jetzt knapp vor Frank-Walter Steinmeier (1,0) liegt. Platz fünf hält unverändert Familienministerin Ursula von der Leyen (1,0). Die Parteichefs von FDP und SPD, Guido Westerwelle (0,6) und Franz Müntefering (0,5), verbessern sich um jeweils zwei Positionen auf die Ränge sechs und sieben, wogegen der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer (0,4) nach Imageeinbußen zwei Plätze verliert und jetzt Rang acht belegt. Platz neun für den Wiedereinsteiger Gregor Gysi (-0,9), der wie die zweite Spitze der Linken, Oskar Lafontaine (-1,5), in der Bevölkerung ein Negativimage besitzt.

## Die wichtigsten Themen im Juli

Weiterhin beherrschen die drei zentralen Themen Arbeitslosigkeit, Wirtschaftslage sowie Banken- und Finanzkrise die Agenda. Des Weiteren werden genannt: Politik(er)verdross, Familie, die Bereiche Kosten, Preise und Löhne, Schule und Bildung, Rente und Alterssicherung, Gesundheitswesen und Pflege sowie das soziale Gefälle in Deutschland.

### Die wichtigsten Themen im Juli:

(max. zwei Nennungen)

	Jul-I	Jul-II
Arbeitslosigkeit	48 %	50 %
Wirtschaftslage	25 %	25 %
Finanz-/Bankenkrise	25 %	22 %
Politik(er)verdross	8 %	10 %
Familie/Jugend/Kinder	6 %	7 %
Kosten/Preise/Löhne	6 %	7 %
Bildung/Schule	7 %	7 %
Rente/Alterssicherung	5 %	7 %
Gesundheitswesen/Pflege	5 %	6 %
Soziales Gefälle	4 %	5 %

## Gewünschte/r Bundeskanzler/in

Während sich in der politischen Stimmung der Abstand zwischen Union und SPD kaum verändert, kann die CDU-Spitzenkandidatin ihren Kontrahenten in der K-Frage weiter distanzieren: Mittlerweile hätten 62% der Befragten lieber Angela Merkel als Bundeskanzlerin, nur noch 25% wünschen sich Frank-Walter Steinmeier, 13% sind nach wie vor unschlüssig. Merkel kommt in den eigenen Reihen jetzt auf eine hohe Zustimmungsrates von 91%, dagegen hat Steinmeier in der SPD-Anhängerschaft mit gerade noch 50% ein ausgesprochen schwaches Standing.

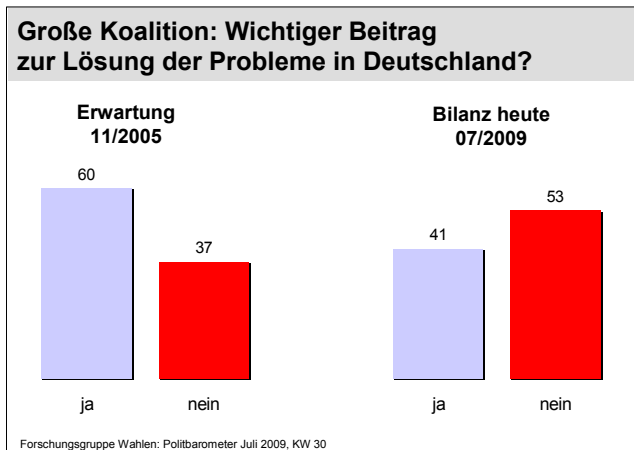
### Gewünschte/r Bundeskanzler/in:

	Merkel	Steinmeier	w.n.
alle	62 % (+3)	25 % (-3)	13 % (+0)
CDU/CSU-Anh.	91 % (+2)	8 % (+/-0)	1 % (-2)
SPD-Anhänger	40 % (+11)	50 % (-12)	10 % (+1)
FDP-Anhänger	81 % (+3)	14 % (+/-0)	5 % (-3)
Linke-Anhänger	44 % (+12)	35 % (-12)	21 % (+0)
Grüne-Anhänger	48 % (-6)	41 % (+3)	11 % (+3)

Veränderungen zu Jul-I (KW 27/2009) in Klammern

## Große Koalition: Bilanz und Neuauflage

Nachdem die Große Koalition 2005 mit großen Erwartungen gestartet war, ist die Bilanz der Bürger heute eher ernüchternd: Nur 41% aller Wahlberechtigten meinen, die Bundesregierung habe in den letzten knapp vier Jahren einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme in Deutschland geleistet, 53% meinen das nicht und 6% sind unschlüssig.



Die Einstellungen zur Neuauflage einer großen Koalition im Bund haben sich nach den Ereignissen in Schleswig-Holstein kaum verändert: Ähnlich wie schon Anfang Juli fänden es auch jetzt wieder 29% der Wahlberechtigten gut und 43% schlecht, wenn es nach der Bundestagswahl zu einer Regierung aus CDU/CSU und SPD käme, 24% wäre dies egal.

**Große Koalition nach der Bundestagswahl ...**

	gut	schlecht	egal
alle	29 %	43 %	24 %
CDU/CSU-Anh.	32 %	49 %	18 %
SPD-Anhänger	48 %	27 %	23 %
FDP-Anhänger	18 %	73 %	9 %
Linke-Anhänger	22 %	56 %	19 %
Grüne-Anhänger	24 %	54 %	19 %

## Ausgang der Bundestagswahl

Für die Bundestagswahl im September werden der Union die besten Chancen eingeräumt. Entschieden – so die klare Mehrheit – ist aber noch nichts. Momentan sehen 57% der Befragten die C-Parteien mit Angela Merkel und gerade 6% die SPD mit Frank-Walter Steinmeier besser positioniert. Allerdings sagen gleichzeitig 63% aller Befragten – darunter 58% der Unions- und 69% der SPD-Anhänger –, dass noch keine endgültige Entscheidung gefallen ist. Für 35% ist dagegen heute „schon klar, wer gewinnt“. Ende Juli 2005, als die CDU/CSU in der politischen Stimmung sogar 20 Punkte vor der SPD lag, war für 32% die Entscheidung schon gefallen.

**Ist schon klar, wer die Bundestagswahl gewinnt?**

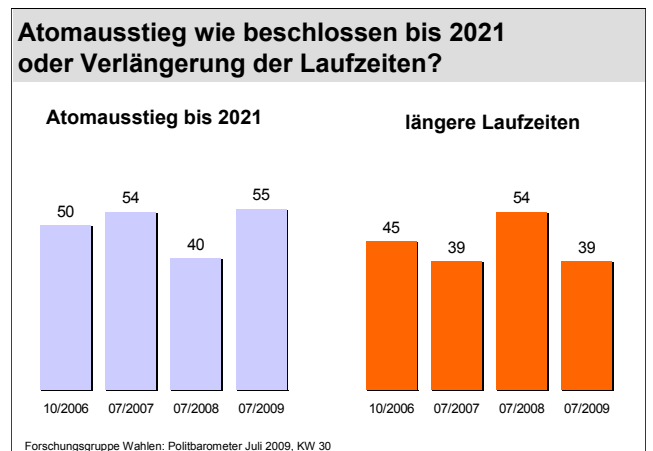
	ja	nein	w.n.
alle	35 %	63 %	2 %
CDU/CSU-Anh.	42 %	58 %	---
SPD-Anhänger	30 %	69 %	1 %
FDP-Anhänger	34 %	64 %	2 %
Linke-Anhänger	44 %	54 %	2 %
Grüne-Anhänger	37 %	62 %	1 %

## Politikinteresse und Politikbewusstsein

Nachdem politisches Interesse und parteipolitisches Bewusstsein auch bei früheren Bundestagswahlen erst in den Wochen vor dem Wahltag sichtbar ange-stiegen sind, bewegen sich die entsprechenden Werte auch jetzt noch auf Normalniveau: Ähnlich dem langfristigen Mittel haben aktuell 44% der Bürger nach eigenen Angaben starkes Politikinteresse, 41% sagen „etwas“ und 15% „kaum“ oder „gar nicht“. Ebenfalls ähnlich wie zu verschiedenen Messzeitpunkten während der Legislaturperiode macht es für 36% der Wahlberechtigten einen „großen“, für 33% einen „nicht so großen“ und für 29% „überhaupt keinen“ Unterschied, welche Parteien im Bund regieren.

## Atomausstieg und Reaktorsicherheit

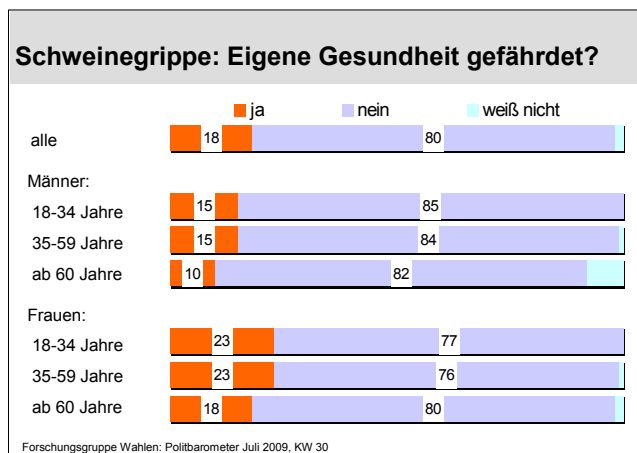
Nachdem vor einem Jahr in der Diskussion um CO<sup>2</sup>-Ausstoß und Erderwärmung kurzfristig die Mehrheiten zugunsten einer längeren Nutzung der Kernkraftwerke gekippt waren, ist heute eine klare Mehrheit von 55% für den geplanten Atomausstieg bis 2021. Eindeutig für eine Laufzeitenverlängerung sind jetzt nur noch die FDP-Anhänger. Die Unionsanhänger sind in dieser Frage gespalten, alle anderen Lager plädieren klar für den beschlossenen Ausstiegsplan.



Insgesamt halten 61% aller Bundesbürger die deutschen Kernkraftwerke für sehr sicher (8%) oder sicher (53%), 35% bezeichnen sie dagegen als weniger sicher (30%) oder überhaupt nicht sicher (5%), 4% wollen das Gefahrenpotenzial nicht abschätzen.

## Schweinegrippe

In punkto Schweinegrippe wird die individuelle Gefährdungslage insgesamt gering, aber stärker als vor gut zwei Monaten eingestuft. Nach 10% Anfang Mai halten jetzt 18% der Bürger ihre Gesundheit wegen der Infektionskrankheit für gefährdet.



Die Präventionsmaßnahmen werden weiter positiv bewertet, wobei es auch hier jetzt etwas mehr kritische Stimmen gibt. Für 74% der Befragten wird zum Schutz vor Ausbreitung der Grippe genug getan. 19% sind inzwischen gegenteiliger Meinung.

### Wird zum Schutz vor Ausbreitung der Schweinegrippe genug getan?

	Mai	Jul-II
ja	85 %	74 %
nein	10 %	19 %
w.n.	5 %	7 %

### Allgemeine wirtschaftliche Lage

Kurz nach Beginn des dritten Quartals erfolgt die Bestandsaufnahme der heimischen Wirtschaft weiter tendenziell negativ, bei den Konjunkturaussichten geht der Pessimismus aber langsam zurück.

#### Allgemeine wirtschaftliche Lage:

	Mai-II	Jun	Jul-I	Jul-II
gut	8 %	8 %	9 %	7 %
teils/teils	52 %	47 %	52 %	58 %
schlecht	40 %	44 %	38 %	35 %

**Herausgeber:** Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: [www.forschungsgruppe.de](http://www.forschungsgruppe.de)

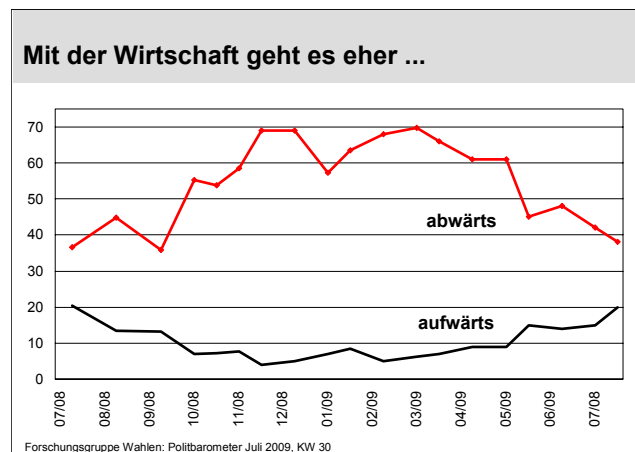
E-Mail: [info@forschungsgruppe.de](mailto:info@forschungsgruppe.de)

Die Politbarometer-Untersuchungen werden im Auftrag des ZDF erhoben. Tag der Sendung: 24.07.2009 im Anschluss an das „heute-journal“. Nächstes reguläres Politbarometer am 07.08.2009. Der Fehlerbereich beträgt bei 1.250 Befragten und einem Parteianteil von 40% rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteianteil von 10% rund +/- zwei Prozentpunkte. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Für diesen Überblick erheben wir eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von 25 Euro bei Postversand und 15 Euro bei Versand als E-Mail. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Hinweis zu den Tabellen: Mai-II: PB KW 22/2009; Jun: PB KW 24/2009; Jul-I: PB KW 27/2009; Jul-II: PB KW 30/2009

## Wirtschaftliche Entwicklung

Die ökonomischen Perspektiven bewerten zwar die wenigsten Bürger positiv, doch mit anteilig 20% erwarten so viele wie seit einem Jahr nicht mehr, dass es demnächst aufwärts geht. Eine negative Entwicklung befürchten nach 48% im Juni und 42% zu Monatsbeginn jetzt noch 38%. Dass in nächster Zeit konjunkturell nicht viel passieren wird, meinen 39%.



### Eigene wirtschaftliche Lage

Weiterhin gibt es erhebliche Unterschiede zwischen der Bewertung von allgemeiner Wirtschaftslage bzw. Konjunktur und der individuellen ökonomischen Situation: Ihre private Wirtschaftslage beschreiben die Bundesbürger erstens sehr konstant und zweitens überwiegend positiv. Aktuell sagen im Privatbereich 46% „gut“, 40% „teils-teils“ und 14% „schlecht“.

#### Eigene wirtschaftliche Lage:

	Mai-II	Jun	Jul-I	Jul-II
gut	44 %	44 %	47 %	46 %
teils/teils	43 %	43 %	39 %	40 %
schlecht	13 %	13 %	14 %	14 %

Wenn die Bundesbürger schließlich ihre finanziellen Zukunftsaussichten einschätzen, rechnen die meisten mit Kontinuität: Ohne große Ost-West-Unterschiede glauben 63% der Befragten, dass sich ihre ökonomische Situation in einem Jahr nicht besonders verändert haben wird, 18% erwarten eine Besserung und 17% eine Verschlechterung bei den Privatfinanzen